

#2

ALERTA
SUHL
ZELLA-
MEHLIS

Herbst 2013

www.agst.afaction.info



Zeitung für
antifaschistische
Kritik und Aktionen
in Südthüringen.

In dieser Ausgabe:

Editorial	∞	2
Naziaktivitäten in Suhl, Zella-Mehlis und Schmalkalden #2	∞	4
Bundestagswahl 2013: Starke Zugewinne für die Thüringer Rechte	∞	6
Von Urgesteinen, Institutionen, Originalen und Eingeborenen...	∞	8
Ilmenau: Bericht zur Hausbesetzung am 19. Oktober	∞	10
Aufruf zur Demonstration in Friedrichroda: Volkstrauertag abschaffen!	∞	12
Aufruf zum 23. antifaschistischen und antirassistischen Ratschlag	∞	14
Das Elend im antifaschistischen Milieu	∞	15
Workshop: Antizionismus und Volksstaat	∞	16
Dokumentation: Zur Zukunft antifaschistischer Bündnispolitik	∞	17
Kloß-Fritz ins Atommüll-Endlager!	∞	19

EDITORIAL

IN DER ERSTEN AUSGABE der Alerta Suhl/Zella-Mehlis^[1] thematisierten wir den Mord an einem 59-jährigen »Asozialen« in Suhl-Nord durch drei junge Männer, die den Mann über mehrere Stunden folterten.

Dieser Foltermord wird nun als Nazimord eingestuft, ezra, die »Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt«, wertet den Mord an dem Mann als eine Tat rechter Gewalt. Grundlage der Begründung ist die Vorstrafe der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen von einem der Täter. Das Gefühl der eigenen Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen, die Aussichtslosigkeit auf ein besseres Leben, welche notwendige Bedingungen sind, und vor allem der Verlust an Empathievermögen, der die hinreichende

Bedingung ausmacht, ermöglichen solche Taten. Dass der Mord nicht die erste Tat vor diesem Hintergrund ist, wird beim Prozess bekannt gegeben: »Inzwischen wisse man, dass die beiden bereits eine Woche früher einen anderen Mann eine Nacht lang ›mit Klebeband und Hammer traktiert‹ und schwer verletzt hätten.«^[2]

In dieser Ausgabe zeichnen wir den aktuellen Stand zu Naziaktivitäten im Raum Suhl/Zella-Mehlis und Schmalkalden und eine Einschätzung der derzeitigen Lage nach. Schwerpunktmäßig werden wir hierbei auf das »Infoportal Suhl/Zella-Mehlis« sowie diverse NPD-Aktionen eingehen. Die Rechten in Thüringen konnten zur diesjährigen Bundestagswahl für ihre Verhältnisse insgesamt recht hohe Ergebnisse in Thüringen

einfahren, die einen Ausblick auf die im nächsten Jahr stattfindenden Landtagswahlen geben und einen möglichen Einzug der AfD und NPD denkbar werden lässt. Es wird der Versuch unternommen, den Begriff der politischen Rechten zu schärfen und in Abgrenzung zu der vielfach propagierten und schlichtweg unsinnigen Extremismustheorie einzuordnen, wobei die nicht zufälligen Parallelen zu den »großen« Parteien und einer vermeintlichen Mitte (im Extremismussprech) dargestellt werden. Anlässlich des 70. Geburtstags von »Püpe«, Betreiberin des Schuppens Einsiedel, in das sich häufig Nazis und deren Wohlgesonnene einfinden, ist es angebracht, diese in der Zella-Mehlisser Gemeinschaft allseits akzeptierte und beliebte Kneipe mitsamt ihrer Besucher_innen und Betreiberin einer polemischen Auseinandersetzung zu unterziehen.

Am 19. Oktober 2013 besetzten Student_innen ein leeres Haus in Ilmenau, welches am Nachmittag aufgrund von Druck seitens der Stadt und Polizeieinheiten »freiwillig« geräumt wurde. Gegen Abend zog eine Spontandemonstration durch die Innenstadt, um auf die fehlende alternative Kultur und Wohnraumangel aufmerksam zu machen. Eine Auswertung der Räumung des Projektes findet ihr in diesem Heft.

Jedes Jahr am Volkstrauertag marschieren Nazis mit Fackeln durch Friedrichroda und singen am dortigen Denkmal das Deutschlandlied. Dass sowohl der Volkstrauertag, als auch das Gedenken der Nazis und anderer geschichtsvergessener Leute, kritisiert und abgeschafft gehört, wird in dem hier zu findenden Aufruf zur diesjährigen

Demonstration in Friedrichroda erläutert.

Am 1. und 2. November findet in Suhl der 23. antifaschistische und antirassistische Ratschlag statt. Was der Ratschlag beinhaltet und welche Ziele er verfolgt, könnt ihr im Aufruf nachlesen. Wir laden zu einem Workshop ein, der sich mit der Frage was Antifa heute überhaupt noch bedeutet und welche Folgen daraus zu ziehen sind, beschäftigt. Es soll unter anderem darum gehen, warum sich Antifa, vertritt sie einen radikalen und gesellschaftskritischen Anspruch, notwendig positionieren muss, will sie sich nicht in eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Bündnissen stellen, denen es an einem grundlegenden Verständnis von Gesellschaft mangelt und Nazis als ein Randproblem betrachtet werden, statt sie als ein notwendige Erscheinung der bestehenden Verhältnisse zu begreifen. Im Anschluss daran dokumentieren wir einen Redebeitrag, der sich kritisch mit Bündnispolitik auseinandersetzt und eine Perspektive für zukünftige antifaschistische Bündnispolitik aufwirft. Weiterhin empfehlen wir euch den Workshop »Antizionismus und Volksstaat« von Joachim Bruhn, der sich mit Antisemitismus und Israelhass in der Linken auseinandersetzt. Ausführliche Beschreibungen findet ihr auf den nachfolgenden Seiten.

Neu in dieser Ausgabe ist die Satireseite, welche Fritz, den heimat- und kloßverliebten Superstar aus Südhüringen, zum Thema hat und der Überlegung nachgeht, ob die Forderung der Errichtung eines Atommüll-Endlagers in Suhl angesichts der Aussichtslosigkeit, dass Vernunft in die Region einzieht, nicht doch Sinn macht.

[1] siehe hier: <http://www.agst.afaction.info/index.php?menu=news&id=562>

[2] <http://bit.ly/U3GajZ>

NAZIAKTIVITÄTEN IN SUHL, ZELLA-MEHLIS UND SCHMALKALDEN # 2

IN DER LETZTEN »Alerta Suhl/Zella-Mehlis« thematisierten wir bereits ein erneutes Aufflammen von Neonazistrukturen in der Region seit dem Sommer 2011. Dabei kamen immer wieder öffentliche Aktionen von verschiedenen Nazigruppen, wie dem »Freien Netz Suhl/Zella-Mehlis« oder dem »Infoportal Suhl/Zella-Mehlis« zur Sprache. Zehn Monate nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe hat sich die Situation verändert.

Wer steckte dahinter?

AUCH NACH der ersten ausführlicheren Einschätzung in der letzten Ausgabe gingen die Naziaktivitäten munter weiter.[3] Das sogenannte »Infoportal Suhl/Zella-Mehlis« betrieb weiterhin eine Hetze, die sich gegen Antifaschisten_innen, Asylsuchende und andere ausgemachte Feinde richtete. Hinter einem Großteil der Artikel steckte der in Zella-Mehlis wohnende Neonazi Philipp Liebetrau, der gleichzeitig auch mit Betreiber der Internetseite der Neonazigruppe war. Liebetrau kann dabei auch als führender Kader der aktuellen Nazistrukturen in Suhl, Zella-Mehlis und Schmalkalden gesehen werden. Der aus Wernshausen (Niederschmalkalden) stammende Neonazi agierte dabei immer wieder in verschiedenen Projekten der Neonaziszene. Bei »Media Pro Patria«, einem Video- und Onlineprojekt Thüringer Neonazis, wirkte Liebetrau ebenfalls mit, wie bei verschiedenen Organisationsstrukturen der Nazis in Südthüringen.



Südthüringer Neonazi Philipp Liebetrau

Auf der mittlerweile eingeschlafenen Homepage des »Infoportals Suhl/Zella-Mehlis« publiziert nicht nur Liebetrau. Einige Unterstützung dürften die regionalen Strukturen wohl immer noch von Kurt Hoppe aus Zella-Mehlis bekommen. Hoppe gilt seit Jahren als aktiver Neonazi und Ziehvater von diversen Neonazigruppen in Südthüringen.

Neben den regionalen Aktionen beteiligten sich Neonazis auch wieder an bundesweiten Naziaufmärschen wie z. B. am 12. Januar 2013 in Magdeburg, an dem rund 800 Neonazis teilnahmen. Dabei gehörten solche Aufmärsche bereits zur Tradition der Neonazis in Südthüringen. Neben dem Aufmarsch in Magdeburg beteiligten sich dieselben Neonazis auch an dem alljährlichen Nazigedenken im Februar in Dresden, der zeitweise als größter geschichtsrevisionistischer Aufmarsch von Neonazis in Europa galt. Im Vorfeld verklebten Neonazis im Raum Schmalkalden Plakate.[4] Vor allem in Niederschmalkalden, Trusetal und Brotterode, was wahrscheinlich den Neonazis um Stefan Weckop, Christian Wachsmann und Thomas Reißig zuzuschreiben ist, die gemeinsam mit den Neonazis aus Suhl und Zella-Mehlis bei bundesweiten Demos auftauchten und Betreiber des mittlerweile aufgelösten »Infoportals Schmalkalden« waren. Weckop und Reißig können dabei ebenfalls zum engeren Kern der organisierten Neonaziszene in Südthüringen gezählt werden. Bereits zu diesem Zeitpunkt nahmen die regionalen Aktivitäten der Gruppe um Liebetrau ab. Die letzten öffentlichen Aktionen, an denen sie sich beteiligten, waren eine NPD-Kundgebung gegen eine Moschee in Eisenach (Antifa Suhl/Zella-Mehlis berichtete auf der Homepage der Antifa Gruppen Südthüringen ausführlicher über diese Veranstaltung) und eine

Kundgebung in Zella-Mehlis für einen im niedersächsischen Stadt Weye ermordeten jungen Mann. Danach ebten sämtliche Aktivitäten der Gruppe ab.

Weitere Aktivitäten von Neonazis in der Region gingen meist von Neonazis außerhalb des Spektrums des »Infoportals Suhl/Zella-Mehlis« aus. So wurden im April in Suhl Flyer für die Nazi-demo am 1. Mai in Erfurt von Michael Fischer aus dem Weimarer Land verteilt. Verantwortlich dafür sind Neonazis aus dem Raum Schleusingen und Hildburghausen bzw. aus der eher unbedeutenden »Aktionsgruppe Hildburghausen/Schleusingen«.

Die NPD im Wahlkampf

HAUPTSÄCHLICH sorgte die NPD für weitere Aktionen in der Region. Besonders kurz vor der Bundestagswahl am 22. September verteilte die NPD in Suhl und Zella-Mehlis vermehrt ihre Regionalzeitung und Wahlwerbeflyer. Ebenfalls beginnt sie mit Plakatieraktionen zur Bundestagswahl. Eine ausführliche Analyse des NPD Wahlkampfes und des Ergebnisses vom 22. September findet ihr ab Seite 6.

Sachbeschädigungen und Bedrohungen

JEDOCHE gab es nicht nur organisierte und durch Gruppen oder NPD koordinierte Aktionen. In Suhl kam es immer wieder zu Sprühereien von Neonazis, speziell in Stadtteilen wie der Suhler Aue und dem Himmelreich. Im Mai 2013 wurde in Suhl ein Auto beschädigt, in dessen Tür Neonazis ein 5 × 5 Zentimeter großes Hakenkreuz ritzen. Solche Aktionen können meistens unorganisiert

ten und übermotivierten Jungnazis, sowie den altbekanntesten »Suffnazis« zugeordnet werden. Neben den Sachbeschädigungen gab es auch immer wieder Bedrohungen durch Neonazis, die im Internet gegen politische Gegner hetzten und diese auf der Straße verbal bedrohten.

Rote Hilfe Südthüringen



**Werde Mitglied!
Solidarität ist eine Waffe!**

www.suedthueringen.rote-hilfe.de

Ein gewisse Kontinuität, wie sie noch in den letzten zwei Jahren zu beobachten war, ist nicht mehr zu erkennen, jedoch ist dies noch lange kein Grund sich beruhigt zurückzulehnen. Gerade jetzt sollten antifaschistische Positionen folgen und weiterhin gegen die Nazis vorgegangen werden.

[3] vgl. Alerta Suhl/Zella-Mehlis #1, Seite 3–5

[4] Die gesamte Chronik über die Naziaktivitäten, sowie die PDF-Version der ersten Alerta Suhl-Zella-Mehlis, findet ihr unter agst.afaction.info

BUNDESTAGSWAHL 2013: STARKE ZUGEWINNE FÜR DIE THÜRINGER RECHTE

DIE BUNDESTAGSWAHL bescherte der politischen Rechten in Thüringen ein phänomenales Ergebnis. Mehr als 10 % der Wählerinnen und Wähler machten ihre Kreuzchen bei einer Partei, die für die Verschärfung der Ausgrenzung von sozial Schwachen, für soziale Kälte und für deutschen Chauvinismus steht. Das Potential dieser Klientel dürfte noch um ein Vielfaches höher sein.

Was ist die Rechte?

DER BEGRIFF der »Rechten« ist zunächst genauer zu bestimmen. Nicht ohne weiteres wollen wir die eh schon hegemoniale Extremismuskonzeption, also das Bild einer sauberen demokratischen Mitte, die gegen irgendwelche extremen rechten und linken Ränder zu schützen sei, befeuern. Wenn wir hier also nachfolgend von der politischen Rechten sprechen, dann meinen wir eine politische Strömung, deren gemeinsame Eigenschaft etwa in der Befürwortung sozialer und ökonomischer Ungleichheit besteht – ganz egal, ob diese Ungleichheit nun den kapitalistischen Verhältnissen geschuldet ist, die solche notwendig produziert oder ob die kapitalistische Wirklichkeit gewissermaßen vorkapitalistische Formen der Ungleichheit recycelt hat (z. B. Patriarchat). Die politische Rechte steht für eine hierarchisch organisierte Gesellschaft, welche Ungleichheit auf der radikaleren Seite etwa durch vermeintliche Rassenunterschiede rechtfertigt. Die liberale Rechte wünscht sich eine sozioökonomische Abstufung durch den ökonomischen Wettbewerb. Beiden gemeinsam ist die blinde Affirmation der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Vergesellschaftung, die sie, wie Teile der Linken übrigens auch, als Naturverhältnisse missversteht und nicht als Resultat einer historisch-gesellschaftlichen Entwicklung. Die politische Rechte verherrlicht die Zuordnung der Menschen in Kollektive (Familie, Volk, Nation), derer sich die Einzelnen unterzuordnen haben und die gegen Fremde abzuschirmen sind. Deswegen ist sowohl die liberale als auch die radikale Rechte in einer je spezifischen Weise fremdenfeindlich bzw. rassistisch.

Gerade die Position der liberalen Rechten, die nationalstaatlich zu organisierende Klassifikation der Menschen durch den ökonomischen Wettbewerb, ist in dieser Gesellschaft gewissermaßen Staatsräson. Durch

Erziehung und Sozialisation wird das Bild verbreitet, dass in der »sozialen Marktwirtschaft« – ein Euphemismus für Kapitalismus mit rudimentärem Sozialsystem – ein jeder seines Glückes Schmied ist und dass die empfangene soziale Kälte der Mitmenschen und Institution ganz natürlich seien. Insofern ist es ganz richtig von einer rechten Gesellschaft zu sprechen und die Frage, welchen Zweck der Begriff etwa in Abgrenzung zu den von der CDU oder der SPD vertretenen Positionen noch haben soll, gerechtfertigt. Schließlich ist beispielsweise das Recht auf Asyl 1993 maßgeblich durch Zutun der SPD abgeschafft worden. Die politische Rechte, die sich gewissermaßen, was die Aggressivität ihres Auftretens gegen Ausländer, sozial Schwache und Linke angeht, rechts von der CDU sammelt, ist gefährlich, weil ihre radikaleren Fraktionen mitunter militant gegen genannte Gruppen losgehen und deren Leben und Gesundheit bedrohen. Sie sind weiterhin gefährlich, weil sie die herrschende Rechte zu konsequenterer rechter Politik drängen. D.h. die Rechte drängt darauf, dass Deutsche ihre Privilegien vor den Ausländern verteidigen, diese, wo sie nicht von Nutzen sind, noch stärker ausgrenzen, ihre Verantwortung gegenüber dem Ausland stärker ablehnen. Die politische Rechte steht, kurz gesagt, für eine Politik der sozialen Kälte, der Ausgrenzung von sozial Schwachen, der Verewigung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse. Die Begrifflichkeiten der politischen Rechten und Linken sollen also nicht dazu dienen das falsche vorherrschende Bild einer sauberen gesellschaftlichen Mitte im Kampf gegen Extremisten nachzuzeichnen. Denn gerade das, was als rechts zu bezeichnen ist, ist einerseits in dieser Gesellschaft hegemonial und bildet andererseits oft negativ ab, was linke oder emanzipatorische Politik zu sein hätte.

Ein neuer Akteur kommt ins Spiel

SPÄTESTENS mit dem Fast-Einzug in den Bundestag im September 2013 hat sich die »Alternative für Deutschland« (AfD) als neue Größe in der politischen Parteienlandschaft etabliert. Die Partei ist von rechten Euro-Skeptikern ins Leben gerufen worden, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Deutschland genau in dem Augenblick aus der politischen Verantwortung für den Euro-Raum zu lösen, als dieses Gefahr lief, für die Profite, die es jahrelang durch den Euro einfuhr, eintreten zu müssen. Keine Volkswirtschaft profitierte von der Gemeinschaftswährung so stark wie die deutsche. Heute ist eine Situation eingetreten, an der die deutsche Politik mit Garantien ihre ehemaligen Exportmärkte vor dem Zusammenbruch bewahren muss. Die chauvinistische AfD macht gegen diese Hilfen nun Stimmung und die fremdenfeindlichen Töne, die sie dabei anschlägt, sind keine Ausrutscher, sondern nur die logische Folge des politischen Programms. Da wundert es kein Stück, dass beispielsweise in Arnstadt große Teile der örtlichen Protofaschisten um die kommunale Wählergemeinschaft »Pro Arnstadt« mittlerweile zur AfD übergelaufen sind. Noch vor ein paar Jahren waren es die selben Leute, um

Stadt-Stürmer-Herausgeber Hans-Joachim König, die sich bei »Pro Deutschland« versucht haben, bis sie einsehen mussten, dass sich für dieses Projekt kein Erfolg einstellen wird. In Thüringen kam nun diese Melange aus Protofaschisten und Sozialchauvinisten bei der Bundestagswahl auf 6,2 Prozent und damit nochmal 1,5 Prozent über das eh schon überraschende Bundesergebnis hinaus. Damit ist die AfD in Thüringen vor Grünen, NPD und FDP vierstärkste Kraft. Insgesamt erreichte die Thüringer Rechte (NPD, REP, AfD, Teile der Freien Wähler) über 10 Prozent, ein Rekordwert. Trotz der neuen Konkurrenz auf der politischen Rechten und einem Wahlkampf, der vielerorts auf Sparflamme lief, erreichte die NPD thüringenweit 3,2 Prozent der Zweit- und 3,7 Prozent der Erststimmen. Für die im kommenden Jahr anstehende Landtagswahl verheißt das nichts Gutes, da sowohl AfD als auch NPD in der Lage sein könnten, die Fünfprozenthürde zu nehmen und in den Thüringer Landtag einzuziehen. Für die politische Kultur im Bundesland hieße das eine Verschärfung der Hetze gegen Migranten, Linke und sozial Schwache. Wer das nicht will, tut gut daran, sich antifaschistisch zu organisieren.[5]

[5] siehe dazu auch »Das Elend im antifaschistischen Milieu«, S. 15

Veranstaltungs- und Literaturtipp:

Am 9. Dezember 2013 wird Stephan Grigat an der Technischen Universität in Ilmenau über die Islamische Theokratie im 21. Jahrhundert. Das iranische Regime und die Bedrohung Israels referieren und dabei die Fragen beleuchten, wie das iranische Regime zu charakterisieren ist und welche Rolle die iranische Opposition spielen kann. Welche Auswirkungen hat der „arabische Frühling“ auf die Konfrontation zwischen Israel und dem iranischen Regime? Und welche Rolle spielt Deutschland im neuen Nahen Osten?

Stephan Grigat ist Mitherausgeber des Buches *Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer* (2008), indem diese und weitere Fragen erörtert werden.



Dieser Band versteht sich als Einspruch gegen die indifferente Haltung großer Teile der europäischen Öffentlichkeit: gegenüber dem Terror gegen die iranische Bevölkerung und der Vernichtungsdrohung gegen Israel seitens der Teheraner Mullahs. Zum einen geht es um eine Analyse und Kritik der islamischen Diktatur im Iran. Zum anderen geht es um das Verhältnis Europas und insbesondere Deutschlands und Österreichs zu Teheran. Während sich die meisten aktuellen Publikationen zum Thema Iran auf das Atomprogramm konzentrieren, stellt der Band die Diskussion über das iranische Nuklearprogramm in den breiteren Kontext einer Analyse der iranischen Diktatur in Geschichte und Gegenwart. Das Verhalten Österreichs und Deutschlands gegenüber dem Iran wird vor dem Hintergrund der vergangenheitspolitischen Debatten in diesen Ländern diskutiert.

Frühjahr 2008, 292 Seite, 29,90€, ISBN 978-3-7065-4599-0
Studienverlag, Innsbruck/Wien/Bozen

VON URGESTEINEN, INSTITUTIONEN, ORIGINALEN UND EINGEBORENEN. . .

WER DIE KLEINSTADT Zella-Mehlis schon einmal besucht hat oder gar dort geboren und aufgewachsen ist, dürfte vielleicht mitbekommen haben, dass ein Großteil der dortigen »Eingeborenen« ziemlich einen an der Waffel haben. So kommt es in der Kleinstadt auch mal vor, dass ein ganzer Fussballverein zum Großteil aus Nazis besteht, insgesamt 400 Bürger gemeinsam mit Neonazis durch Zella-Mehlis marschieren oder eine fragwürdige Kneipe und dessen Betreiberin abgefeiert werden.

Hyper! Hyper!

DASS DIE Zella-Mehliker Volksgemeinschaft zu kollektiver Blödheit neigt, hat sie bereits mehrmals eindrucksvoll bewiesen. Eine weitere Bestätigung wurde im Juli diesen Jahres nachgelegt. Die Betreiberin der (Nazi-)Gaststätte »Einsiedel« Berta Ruck, oder besser bekannt als »Püppe«, feierte ihren 70. Geburtstag. Ein Grund für alle Umnachteten aus ihren Löchern zu kommen. Als erstes kam die Lokalpresse vom »Freien Wort«. Da man in der Lokalredaktion generell das Problem hat nicht zu wissen, worüber man berichten sollte, kommt es ganz recht, wenn ein »Mehlis Original« Geburtstag feiert.[6]

Ein ganzer Schwall an Informationen über die »Wirtin mit Herz«.[7] Jedoch kein Wort zu den geduldeten Kameradschaftsabenden im Einsiedel zu Zeiten der »Kameradschaft Zella-Mehlis«. Kein Wort zu den prügelnden Neonazis, zum regionalen Vernetzungsort für Neonazis, rechtsoffenen Besuchern oder Nazikonzerten. Aber das hätte ja auch die Stimmung versaut und natürlich ist es doch gar nicht so, wie man sehr oft zu hören bekommt.

Aber neben der Lokalpresse wollten auch andere Zella-Mehliker nicht fehlen um »Püppe« zu gratulieren. So z. B. der Bürgermeister von Zella-Mehlis Richard Rossel. Er gratulierte »Püppe« persönlich zum Geburtstag. Für so viele Jahre Unterstützung der Neonaziszene kann man das ja schon mal machen. Es blieb aber nicht nur bei der Gratulation. Auf der Facebookseite der Stadt Zella-Mehlis wurde »Püppe« ebenfalls gratuliert. So heißt es dann wörtlich: »Auch der Bürgermeister hat ihr heute zum 70. gratuliert und ihr gesagt, wie sehr er ihre Arbeit schätzt.

Gerade ihre Art, alle Menschen, so unterschiedlich sie auch sein mögen, ohne Streit und Zank in ihrem Haus zu bewirten, macht das Einsiedel und damit auch die Bübbe aus.« Wer das Einsiedel oder die Geschichten dazu kennt, weiß wie »unterschiedlich« das Klientel ist, welches das Einsiedel besucht. Leute, die nicht in den tanzenden Volksmob von Nazis, Karnevalsverein und DaCapo Mitgliedern passen, werden eben kurzer Hand verprügelt, bedroht oder bespuckt. Eine Handarbeit, die der Bürgermeister wohl zu schätzen weiß. Neben der Gratulation am Tag selber, trafen sich der begeisterte Bürgermeister und die »Institution« wieder.[8]



Bürgermeister Richard Rossel und Einsiedelbetreiberin Berta Ruck in fröhlicher Eintracht.

Fröhlich strahlend übergab Richard Rossel 13 Seiten Papier mit allen Facebook Kommentaren, die es zum Facebookeintrage zu ihrem Geburtstag gab. Da sie ja das Internet nicht nutzt, sollte sie es doch wissen, wie viele Leute sie mögen. In Zella-Mehlis hält man eben seine eigene Dummheit gerne auch auf Papier fest. Doch der Hype um das »Urgestein« wollte immer noch nicht abreißen.[9]

Selbst der CDUler und gescheiterte Bürgermeisterkandidat aus Zella-Mehlis Thorsten Widder ist begeistert von »unserer Püppe«.

Der falsche Fackelmarsch

AM SAMSTAG nach »Püppes« Geburtstag fand wieder eine der berühmtesten »Onkelz-Partys« im Einsiedel statt. Doch vorher ließen einige der besonders schweren Fälle es sich nicht nehmen, sich auf der Straße zu zeigen. So versammelten sich am Abend ca. 40–50 Leute auf dem Mehliher Markt. Unter ihnen auch bekannte Neonazis, sowie deren Freunde und Bekannte. Mit Fackeln und mit Transparenten zogen sie durch Zella-Mehlis um »Püppe« zu huldigen. Ein Fackelmarsch, der in Zella-Mehlis besonders bei Nazidemos Tradition hat, wäre nur verständlich, wenn das Ziel auch stimmen würde und zwar diesem »Schuppen« an der Schönauer Straße endlich sein verdientes Ende zu bereiten. Leider konnten die Nazis wieder einmal an diesem Abend in Ruhe feiern und höchstens sich untereinander die Köpfe einschlagen.

»Schmutzartikel« und »linke Schwanzlutscher«

ALS AUF DER Portalseite der »Antifaschistischen Gruppen Südthüringen« ein Artikel mit einem »Geburtstagsgruß« der Antifa Suhl/Zella-Mehlis erschien, war der Volksmob außer sich.[10]

Im Internet wurde gegen die »linken Schweine« und »linken Schwanzlutscher« gehetzt.[11]

Nun ließ sich das Einsiedelklientel zu Äußerungen hinreißen, die sonst nur auf den »Onkelz-Partys« und den Nazikonzerten zum Vorschein kommen. Man fand nun ein Ventil, dass sonst eher in Gewalt gegen Linke und Ausländer mündet. Besonders auffällig ist dabei, dass die sichtlich getroffenen »Einsiedler«, wie sie sich auf Facebook nennen, dass Ausrufezeichen oder auch Fragezeichen mindestens fünfmal vorkommen müssen.[12]

Sicherlich dürften Hans Jürgen Reinhardt und der Rest der »Einsiedler« bei der nächsten »Onkelz-Party« ordentlich mit den Kameraden und Trinkernazis über die »linken Schweine« abgehetzt haben. Aber das ist in Zella-Mehlis eigentlich nichts großartig Neues.

Zu guter Letzt lässt sich nur das wiederholen, was bereits im Juli gesagt wurde: »Wir hoffen auf ein baldiges Ende der Gaststätte und ihres Klientels.«

[6] »Mehliher Original« – Wortwendung der Zella-Mehliher, die sich mittels solcher Ausdrücke immer wieder gegenseitig bestätigen wollen, wie sehr sie miteinander verbunden sind. Meistens von den Betroffenen auf die lokale »Verwurzelung« bezogen, jedoch nicht mehr als die Bestätigung der gemeinsamen Zusammenkunft in der kollektiven Verblödung.

[7] »Wirtin mit Herz« – Zella-Mehliher Wortwendung für »Schläger hinterm Tresen«

[8] »Die bübbe ist eine Institution« – schrieb Jens Häckel auf Facebook. Es bedarf hier wohl kein weiteren Kommentar. Nur ein Verweis auf den ersten Satz des Artikels.

[9] »Urgestein« – bedeutet in diesem Zusammenhang so viel wie »Jahrelanger Indikator für unsere eigene Ignoranz«

[10] <http://www.agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=591>

[11] Hans Jürgen Reinhardt aus Zella-Mehlis schien sichtlich getroffen vom Geburtstagsgruß der Antifa Suhl/Zella-Mehlis und ließ seiner Homophobie und seinem Hass auf Linke im Internet freien Lauf.

[12] »!!!!!!« oder »??????« – vermutlich Ausdrücke der Unfähigkeit die eigene Ignoranz zu artikulieren.

ILMENAU: BERICHT ZUR HAUSBESETZUNG AM

19. OKTOBER

MEHR ALS ACHT STUNDEN war die Langwiesener Straße 17 in Ilmenau am Samstag, dem 19. Oktober, besetzt. Die Besetzer_innen kämpften für sozialen Wohnraum und alternative Projekte. Nachdem die Polizei sich Stunden nur sporadisch blicken ließ, brachte sie gegen Abend ihre Schlägereinheiten in Anschlag und erzwang so die Räumung des Gebäudes. Später demonstrierten ca. 40 Besetzer_innen und Unterstützer_innen spontan durch die Innenstadt.

Als am Morgen des 19. Oktober in Ilmenau das Geschäftsleben erwachte und die ersten Leute mit ausdruckslosen Gesichtern die Langwiesener Straße Richtung Kaufland entlang trotteten, schien der Kleinstadt ein gewöhnlicher Samstag in der Südthüringer Ödnis bevorzustehen. Dass dieser Samstag allerdings für einige Aufregung sorgte, ist das Verdienst einer Gruppe von Hausbesetzer_innen, die ein leerstehendes Gebäude öffneten, begehbar machten und dort mit den Planungen und Arbeiten für sozialen Wohnraum und kulturelle Projekte begannen. Aus den Fenstern der Langwiesener Straße 17 hingen ab 9 Uhr zahlreiche Transparente, die klar machten, was sich hier abspielte. Die Tür war einladend weit geöffnet. Vor dem Gebäude sammelte sich eine Gruppe von mehr und mehr Unterstützer_innen. Es gab Kaffee, Kuchen, warmes Essen und allerlei Infomaterial, das auch an Passant_innen und Anwohner_innen verteilt oder vom Wind durch die halbe Stadt getragen wurde. Bei Sonnenschein und milden Temperaturen machte es sich eine schwarz-bunte Menge auf Teppichen und Bordsteinkanten gemütlich.



Die Polizei ließ sich das erste Mal nach mehr als einer Stunde blicken, erkundigte sich nach dem Sachstand und fuhr dann wieder weg, den Besetzer_innen viel Erfolg bei ihrem Projekt wünschend. Die Situation war kurz gesagt entspannt und unwirklich zugleich. Anstatt, wie etwa in Erfurt, sofort einen Kessel ums Gebäude zu ziehen und die Menschen vor dem und im Haus zu drangsalieren, schien die Staatsmacht gänzlich uninteressiert am Treiben der Besetzer_innen. Es entstand der Eindruck, als könnte das Gebäude zumindest über das Wochenende hinweg gehalten werden. Warum die Polizei gegen Abend umschwenkte und sich doch entschloss die heilige kapitalistische Eigentumsordnung durchzusetzen, die besagt, dass Leerstand lieber vergammeln soll als für soziale und kulturelle Projekte genutzt zu werden, wissen wir nicht. Fakt ist, dass spätestens ab 16.30 Uhr im Bereich der Polizeiinspektion etwa ein dutzend mit verbeamteten Schlägern voll beladene Wannen zusammengezogen wurden. Die Polizei baute sukzessive ein Bedrohungsszenario gegen die Besetzer_innen auf. Ab etwa 17 Uhr kam eine Delegation aus Polizeichef, Vertretern von Stadt, Ordnungsamt und Immobilienverwaltung zum Haus, um vor Ort die gesetzliche Lage zu erläutern und die Räumung anzukündigen, sollte nicht innerhalb kurzer Frist das Gebäude »freiwillig« verlassen werden. Als Grund wurde die Sicherheit der Leute im und vorm Haus angeführt, wegen der angeblichen Baufälligkeit des Hauses und einem Schwamm im Gebäck. Dass die vermeintliche Sicherheit der Menschen dann in Konsequenz mit physischer Gewalt und ohne Rücksicht auf die körperliche Unversehrtheit der Besetzer_innen durchgesetzt werden sollte, ist nur die logische Folge der Lüge von der Baufälligkeit als Räumungsgrund.

Nach kurzer Beratung entschlossen sich die Besetzer_innen dem Druck nachzugeben und den Kompromiss (ein Verhandlungsangebot seitens der Stadt) anzunehmen. Gegen 18 Uhr war das Haus geräumt und wurde von Angestellten der Stadt wieder verschlossen. Nach Auskunft der Behörden soll das Gebäude demnächst abgerissen werden. Die meisten Besetzer_innen und Unterstützer_innen kamen davon, ohne ihre Personalien abzugeben. Wer im Anschluss an die Aktion Vorladungen, Strafbefehle oder derlei erhält, den bitten wir mit der Roten Hilfe Südthüringen Kontakt aufzunehmen. Niemand soll auf den Kosten allein sitzen bleiben.

Gegen 19 Uhr versammelten sich noch einmal ca. 40 Besetzer_innen und Unterstützer_innen am

Wetzlarer Platz, um gegen die Räumung und für das Anliegen, sozialen Wohnraum und Platz für kulturelle Projekte zu schaffen, spontan zu demonstrieren. Lautstark zog die Demonstration durch die Innenstadt, die in Ilmenau um diese Zeit leider so tot war, wie das alternative Kulturleben der Stadt.

Im Zuge der Besetzung solidarisierten sich nicht nur zahlreiche Anwohner_innen, sondern auch viele linke Gruppen und Projekte aus Thüringen, wie etwa die Genoss_innen vom JU.W.E.L. in Gotha oder die FAU Thüringen. Die erfahrene Solidarität, das brachte ein Vertreter der Initiative zur Abschlusskundgebung zum Ausdruck, macht Mut, weiter zu kämpfen. Besetzen fetzt!



Spontandemonstration nach dem polizeilich erzwungenem Ende der Besetzung

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION IN FRIEDRICHRODA: VOLKSTRAUERTAG ABSCHAFFEN!

GEGEN NS-VERHARMLOSUNG, NAZIAUFMÄRSCH E UND DEUTSCHE OPFERMY-
THEN!

Intro

ALS AM 5. MAI 1985 der damalige US-Präsident Reagan von Helmut Kohl auf den Soldatenfriedhof in Bitburg eingeladen wurde, auf dem auch Gräber von SS-Leuten stehen, stand ein Paradigmenwechsel in der deutschen Gedenkpolitik an. Kohl und der deutschen Rechten ging es nicht um weniger, als um die Rehabilitierung der deutschen Vernichtungstruppen. Die Mitglieder von Wehrmacht und Waffen-SS sollten zu gewöhnlichen Soldaten, der Zweite Weltkrieg als gewöhnlicher Krieg dargestellt und damit ein Schlussstrich unter die Geschichte gezogen werden. Die Legitimation für diesen Schritt sollte der amerikanische Präsident liefern, der sich auf den symbolträchtigen Auftritt einließ. Die damalige deutsche Linke realisierte die Tragweite dieser Symbolik nicht. Dass diese unverschämte Rehabilitierung der deutschen Vernichtungstruppen, diese Verharmlosung der deutschen Barbarei heute immer noch zentraler Bestandteil deutscher Gedenkpolitik ist, zeigt sich an keinem Tag so klar wie am jährlich zwei Sonntage vor dem ersten Advent begangenen Volkstrauertag.

Der Volkstrauertag und die deutsche Gedenkpolitik

»Was für Deutsche gilt: dass für die Deutschen die Geschichte der Nazis ihr Problem ist und nicht bloß das Problem der Opfer des Nazismus.« (Moïse Postone)

Die Geschichte des Volkstrauertages begann bereits in der Weimarer Republik. Im Jahr 1926 wurde der erste Volkstrauertag begangen, um den deutschen Gefallenen des Ersten Weltkriegs zu gedenken. Was damals schon seinen Zweck in einer mehr oder weniger intensiven Kriegshetze fand, trat zur Zeit des Nationalsozialismus offen zu Tage. Die Nazis begingen den Volkstrauertag als sogenanntes »Heldengedenken« und auch die heutigen Nazis knüpfen nicht nur terminologisch an diese Tradition an. Nach der militärischen Niederschlagung Nazideutschlands und dem Abbruch der Shoah durch die Anti-Hitler-Koalition wurde der Volkstrauertag in der alten Bundesrepublik wieder eingeführt. Heute soll ausdrücklich den Toten beider Weltkriege und den Opfern der Gewaltherrschaft aller Nationen gedacht, für Frieden, Versöhnung und Verständigung gemahnt werden. Jeder spezifische historische Charakter jener »Gewaltherrschaft[en]«, die durchaus inzwischen auch den Staatskapitalismus der DDR einschließt, geht in einem solchen Gedenken verloren. Die deutschen Täter, die Millionen Menschen ausrotteten, stehen in einer Reihe mit den Mauertoten, den gefallenen Alliierten und den Opfern der Deutschen. Ein solches nivellierendes, also zwischen Opfern und Tätern nicht mehr unterscheidendes, Gedenken im Land der Täter ist für die politische Linke und für alle Menschen problematisch, die dafür eintreten, dass die Bedingungen der deutschen Barbarei, die Bedingungen des eliminatorischen Antisemitismus in diesem Land und weltweit beseitigt werden. Die gleichmachende deutsche Gedenkpolitik zum Volkstrauertag ist Ausdruck eines Bewusstseins, das die wirkliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus ablehnt, verdrängt bzw. diesen überhaupt vergessen machen will. Sie bestätigt nur immer wieder den Satz Paul

Spiegels, wonach sich hinter den Rufen nach Frieden die Mörder verschanzen. Eine solche Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit hätte u.a. die Kontinuität jener Bedingungen, die nach Auschwitz führten und die bis in die Gegenwart fort dauern, zu thematisieren und zum Gegenstand politischer Kämpfe zu machen. Im Sinne eines solchen antifaschistischen Kampfes ist ein Gedenken an die deutschen Täter nicht hinnehmbar. Wir gedenken den ermordeten Jüdinnen und Juden, den Kommunistinnen und Kommunisten, den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, den Sinti und Roma sowie all den anderen unzähligen Opfern, die aufgrund einer menschenverachtenden Ideologie ihr Leben lassen mussten. Wir gedenken auch den Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, den Partisaninnen und Partisanen sowie den Soldatinnen und Soldaten der Anti-Hitler-Koalition. Für dieses Erinnern und Gedenken bedarf es keines Volkstrauertages, der im Begriff des Volkes ein Denken mitführt, das in Deutschland immer mit der Blut- und Bodenideologie verknüpft war, für welche Rassismus und Antisemitismus wesentliche Bestandteile sind. Eine Gemeinschaft, die auf Ausgrenzung und Abwertung basiert, lehnen wir ab. Wir kämpfen für ein solidarisches Miteinander aller Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung, Hautfarbe oder Herkunft, für eine Gesellschaft jenseits kapitalistischer Ausbeutung und Zurichtung.

Friedrichroda begrüßt seine Kinder

WENN ALSO JEDES JAHR zum Volkstrauertag vielerorts Personen und Gruppen zusammenkommen, die die deutschen Verbrechen verharmlosen, offen leugnen oder die deutsche Kriegsschuld bestreiten, dann kann es nicht verwundern, wenn an diesen Zusammenkünften auch Nazis beiwohnen. Dass Nazis diesen Tag nutzen, ist keine Instrumentalisierung des Tages für andere Zwecke, sondern die logische Konsequenz seiner politischen Bestimmung. Zum elften Mal findet nun das zentrale Thüringer »Heldengedenken« am 17. November 2013 in der westthüringischen Provinz, in Friedrichroda, statt. Bereits am Vormittag legen die organisierten Thüringer Nazis in ihren jeweiligen Heimatgemeinden Kränze vor den Kriegsdenkmälern ab, oftmals zusammen mit dem dortigen Bürgertum. Zum abendlichen Fackelmarsch versammeln sich dann Nazis aus ganz Thüringen am Kriegsdenkmal in Friedrichroda. Im Stein des Denkmals ist die Inschrift »Für Heimat und Vaterland« eingeprägt. Die Zahl der Teilnehmer stieg in den letzten Jahren auf bis zu 140 Personen. Angemeldet wird die Demonstration seit 2009 vom Kreisvorsitzenden der NPD Gotha, Sebastian Reiche. Mit Fackeln bewaffnet begehen die anwesenden Nazis dann ihr ritualisiertes Gedenken an die gefallenen deutschen Soldaten. In gespenstiger Atmosphäre werden dann die Geister der Soldaten des Heeres, der Kriegsmarine, der Luftwaffe, der Waffen-SS und des Volkssturms von Reiche zurück in die Reihen ihrer Kameraden gerufen. Auferstanden ist zwar bis heute noch keiner, doch der Gruselfaktor in Friedrichroda ist enorm. Zum Abschluss der Zeremonie singen die Nazis noch Soldatenlieder und begehen eine Schweigeminute für die Verbrecher, die Auschwitz, Treblinka und all die anderen Konzentrations- und Vernichtungslager möglich gemacht haben, die Millionen Menschen ermordet und Europa in Schutt und Asche gelegt haben.

PROTEST GEGEN DEN NAZIAUFMARSCH und das Volkstrauertagsgedenken gab es in den vergangenen Jahren nur von Seiten der Antifa. Die Mehrheitsbevölkerung von Friedrichroda versteckt sich in ihren Häusern, vermutlich wegen einer Mischung aus Desinteresse und heimlicher Sympathie für die Nazis. Die Verantwortlichen der Stadtpolitik verschweigen das Thema, mit dem Resultat, dass sich Friedrichroda zu einem festen Event im Terminkalender der Thüringer Nazis entwickelt hat. Wir wollen am 17. November nicht nur gegen diese Strategie der Ignoranz und den Aufmarsch der NPD auf die Straße gehen, sondern gegen eine deutsche Gedenkpolitik, die die Opfer der deutschen Vernichtungspraxis wie die Kämpfenden gegen das faschistische Deutschland verhöhnt, indem sie sie mit ihren Mördern in das gleiche Gedenken einbezieht. Der Kampf gegen den Volkstrauertag und seine Verfechter ist also ein Kampf gegen das Vergessen, gegen die deutsche Version von Versöhnung, gegen alles was sich mit der Macht der Herrschenden Geltung verschafft: Gegen Deutschland und seine Nazis!

Antifaschistisches Bündnis Gotha, Oktober 2013

Mehr zum Ablauf der Demonstration, zur Veranstaltungsreihe und die dazugehörigen Neuigkeiten findet ihr unter www.volkstrauertag-abschaffen.tk

AUFRUF ZUM 23. ANTIFASCHISTISCHEN UND ANTIRASSISTISCHEN RATSCHLAG

SEIT 1990 findet in Thüringen jährlich der antifaschistische und antirassistische Ratschlag statt. Primäres Ziel war es den Kampf gegen die damals erstarkenden faschistischen Tendenzen voranzutreiben, die Aktiven zu vernetzen und Positionen sowie Strategien im Bereich des Antifaschismus und Antirassismus zu diskutieren. Der Ratschlag findet wie jedes Jahr um den 9. November herum statt, um an den Jahrestag der Reichspogromnacht 1938 zu erinnern, als Deutsche landesweit Synagogen und andere jüdische Einrichtungen niederbrannten und Jagd auf Jüdinnen und Juden machten. [...]

Den vollständigen Aufruf, Workshopbeschreibungen und mehr findet ihr auf der Seite des Ratschlags unter www.ratschlag-thueringen.de
Zwei der angebotenen Workshops wollen wir euch im Folgenden näher vorstellen.

DAS ELENDE IM ANTIFASCHISTISCHEN MILIEU

Eine Einladung zum Streit mit der Antifa Suhl/Zella-Mehlis.

RADIKALE SPRÜCHE ohne Theorie, Anti-Nazi-Demos ohne Inhalt, selbstzweckhafte Spontandemos im Nirgendwo, Recherche-Vorarbeit für die Staatsantifa, Unterstützung für Heimatschutz und Elendsverwaltung. Die antifaschistische Linke ist in einem erbärmlichen Zustand. Anstatt das Kampffeld Antifaschismus auf seine bürgerlichen Bedingungen zurückzuführen und den Kampf gegen Nazis zum Kampf gegen die die Nazis hervorbringende Gesellschaftsordnung zu machen, bleibt es meist bei radikalen Glaubensbekenntnissen und eifrigem Aktionismus. Fehlende Theoriearbeit wird kompensiert, wenn in der nächsten Nazihochburg umso doller auf die Kacke gehauen wird oder ein Bedrohungsszenario aufgemalt wird, wonach die Machtübernahme der Nazis nur noch eine Frage der Zeit sei. Längst ist antifaschistische Praxis hier blind geworden und nicht nur dort, wo sie von Bürgerbündnissen getragen wird, die gar keinen Hehl daraus machen, dass sie den Ruf der Heimat schützen wollen und nicht die Verhältnisse abschaffen, die die Naziideologie produzieren.

DIE LINKSRADIKALE ANTIFA, die sich in solchen Konstellationen als Zuarbeiter für die Staatsantifa oder als Kettenhund der zivilgesellschaftlichen Standortschützer wiederfindet, muss sich fragen lassen, was sie dort will und ob sie dem Anspruch, eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse zumindest denkbar erscheinen zu lassen, noch gerecht wird. Statt jedem NPD-Infostand noch im abgelegensten Wohnviertel hinterherzuprotestieren und dabei im besten Fall wieder die Leute aufklären zu wollen, die sich von der Geschichte des Nationalsozialismus schon nicht belehren lassen wollten, sollte sich die Antifa, wo keine faschistische Machtübernahme ins Haus steht, mal die Zeit nehmen sich theoretisch (neu) zu bestimmen. Diese Selbstbestimmung hätte das Ziel, sich selbst über die Verhältnisse aufzuklären, in denen man die Nazis zuvorderst bekämpfen möchte. Das Denken, als mehr oder weniger organisierter Antifaschist wäre man quasi automatisch auf dem richtigen Weg und wüsste über die gesellschaftliche Wirklichkeit Bescheid, war schon immer Idiotie. Wer die bestehende Gesellschaft richtigerweise als Ursache für faschistische Ideologie und Strukturen begreift, tut gut daran, sie zu verstehen und sich vom richtigen Verständnis des Gegenstandes zur aufhebenden Praxis vorzuarbeiten.

In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen (in Thüringen) sehen wir solche Reflexionen nur noch vereinzelt und wo sie stattfinden, neigen die (Antifa)-Gruppen dazu, sich in die eigene Isolation

zurückzuziehen und ihr Klientel in den Studentenkampstädten mit polemischen Verrissen der eigenen Vergangenheit zu unterhalten. Währenddessen kümmert sich die Zivilgesellschaft, wo es sie gibt, ohne die Antifa um das Naziproblem. Die Antifa steht zwischen der falschen Alternative vom resignativen Rückzug, ob mit Theoriezirkel oder ohne, und der eigenen Aufreißung in praktischer Anti-Nazi-Arbeit, in blindem Aktionismus. Der Weg dazwischen hieße wohl eine theoretisch reflektierte Praxis zu betreiben, die sich ihre Ohnmacht den übermächtigen Verhältnissen gegenüber bewusst macht. Wie der Kommunismus, mit Marx verstanden nicht als Zustand, sondern als wirkliche Bewegung, welche die bestehenden Verhältnisse aufhebt, ist solche Praxis, in den Worten Brechts, »das Einfache, das schwer zu machen ist.«

Wem an solcher Standortbestimmung der Antifa gelegen ist oder wer auch einfach nur wissen will, was Antifa eigentlich ist, gegen wen und für was sie eintritt, den möchten wir am 02. November herzlich nach Suhl zum 23. Antifaschistischen & Antirassistischen Ratschlag einladen. Nach der Auftakt-Podiumsdiskussion zum Thema »Ansätze antifaschistischer Praxis und antifaschistische Bündnispolitik«, gehen wir in den Workshop »Was heißt Antifa?« und setzen die oben provokativ begonnene Auseinandersetzung fort.

Infos unter ratschlag-thueringen.de → »Workshops« → Nr. 2 – »Was heißt Antifa?«

WORKSHOP: ANTIZIONISMUS UND VOLKSSTAAT

Der Fetisch der Souveränität und der Haß auf den »Unstaat« Israel

IM RAHMEN des antifaschistischen und antirassistischen Ratschlag am 2. November in Suhl finden viele interessante Workshops und Vorträge statt. Neben dem Workshop der Antifa Suhl/Zella-Mehlis in Workshop-Phase 1 (11.30–13.30 Uhr) wollen wir euch den Vortrag von Joachim Bruhn in Workshop-Phase 2 (15.00–17.00 Uhr) ans Herz legen. Bruhn referiert zum Thema Antisemitismus in der politischen Linken. Nachfolgend dokumentieren wir die Kurzbeschreibung.

Woher kommt das notorisch gute Gewissen der »Linken« in ihrer Agitation gegen Israel? Wie funktioniert der Antisemitismus der sog. »legitimen Israel-Kritik«? Warum zeugt die feinsinnige Unterscheidung von Antisemitismus und Antizionismus vom Weißwaschen des deutschen Staatsfetischismus? Der Wahn vom Volkssouverän ist, wie immer im einzelnen ausbuchstabiert und ausagiert, die synthetische Ideologie der restlos kapitalisierten Gesellschaft, d.h. das zwar vollendet idiotische, aber desto lieber geglaubte und aggressiv bezeugte Ideologem, das die Linkspartei, Günter Grass und die NPD verbindet. Im Wettstreit um die je subjektive Interpretation und sodann politische Okkupation dieses Begriffs vollzieht sich die objektive Reproduktion der deutschen Souveränität so, wie sie in der fraktionsübergreifenden, natürlich völkerrechtlich fundierten Verurteilung Israels durch den Bundestag im Mai 2010 sich aussprach, und dies ist zugleich der Grund dafür, daß, wenn vom »Schurkenstaat« Israel die Rede ist, gar nicht mehr unterschieden werden kann, wer spricht, und daß es einerlei ist, ob die Agitation gegen das jüdische »Staatsgebilde« und gegen diesen »Staat aus der Retorte« von sozialdemokratisierten Stalinisten oder gleich von zwangsparlamentarisierten Nazis ausgeht. Denn daß, wie das Grundgesetz der BRD sagt, alle Macht vom Volk ausgeht, dieser manische Staatsfetischismus ist es, der, wie das Idiotem vom Geld, das endlich wieder dem Volk und der sog. Realwirtschaft zu dienen habe, die antagonistische Gesellschaft fraktionsübergreifend zusammenschweißt, der es macht, daß Herr und Knecht, daß Lohnarbeit und Kapital in der Aversion gegen die Juden zur Volksfront im Volksstaat zusammenfinden. Daß die Antizionisten Israel so als »Unstaat«, als »Gegenstaat« und »teuflische Abstraktion« aburteilen wie die Antisemiten die Juden als »Gegenrasse« anprangern, das liegt, betrachtet man die Linksdeutschen, insbesondere daran, daß die marxische »Kritik der politischen Ökonomie« nicht zugleich als Kritik der Souveränität des Kapitals entwickelt wurde, daß von Anfang an vielmehr ein Staatlichkeitwahn einriß, der, von Ferdinand Lassalles Agitation für den Staat als die »große Assoziation und Produktivgenossenschaft des arbeitenden Volkes« über das Programm der KPD/SU in Sachen »Staat des ganzen Volkes« bis hin zum »Erfurter Programm« der Linkspartei sich aufplustert. Der Vortrag will insbesondere darstellen, wie dieses Unglück, das sodann die Juden und ihr Staat erleiden müssen, sich fugendicht vollendete, als die Kommunistische Internationale das Idiotem vom Volksstaat noch um das »Recht der Völker auf nationale Selbstbestimmung« erweiterte (was Rosa Luxemburg »kleinbürgerlichen Humbug« nannte) und zum »Djihad gegen das Kapital« aufrief.

Es spricht Joachim Bruhn (Freiburg), Co-Autor von Initiative Sozialistisches Forum, »Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Israel und die linksdeutsche Ideologie« sowie »Das Konzept Materialismus« (ça ira-Verlag); siehe www.isf-freiburg.org

DOKUMENTATION: ZUR ZUKUNFT ANTIFASCHISTISCHER BÜNDNISPOLITIK

AM 10. SEPTEMBER 2010 verlas die Antifa Arnstadt auf einer Demonstration in Jena einen Redebeitrag, der die Perspektiven antifaschistischer Bündnispolitik umriss. Mit der Demonstration kündigte das Thüringer Antifa-Bündnis die bis dahin noch bestehende Zusammenarbeit mit der hiesigen Zivilgesellschaft auf, die in den breiten Bündnissen eine radikale Gesellschaftskritik zunehmend verunmöglichte. Unmittelbarer Anlass waren die Mobilisierungen gegen das Fest der Völker und einige Monate zuvor gegen einen Naziaufmarsch zum 1. Mai in Erfurt. Seit diesem Krach hat sich die Antifa in Thüringen vielfach aus der Mobilisierung gegen Nazi-Events zurückgezogen oder unabhängig von der Zivilgesellschaft Demonstrationen und Veranstaltungen organisiert. Zu einer Klärung des Dissenses oder einem Kompromiss kam es bisher nicht, er schwelte weiter und entlud sich beispielsweise vor gut einem Jahr in Meiningen, als ein Antifa-Bündnis zu einer eigenen Demonstration gegen das Nazifest »Thüringentag der nationalen Jugend« aufrief und die Zivilgesellschaft im Aufruf kritisierte, was Empörung und Unverständnis auslöste. Beim diesjährigen Ratschlag am 02. November in Suhl soll der Bruch zwischen Antifa-Gruppen und den Bürgerbündnissen thematisiert werden. Aus diesem Anlass halten wir es für angemessen, den Redebeitrag von 2010 an dieser Stelle noch einmal zu dokumentieren – nicht weil wir uns heute nochmal jede seiner Formulierungen zu eigen machen würden, sondern weil er zu einer konfliktgeladenen Zeit auf den Punkt brachte, worin das Problem lag und immer noch liegt.

Die Geschichte der Antifa im postfaschistischen Deutschland ist die Geschichte eines Abwehrkampfes. Es geht und ging im Wesentlichen darum, Schlimmeres als das Jetzige zu verhindern und den unzähligen Aufmärschen, Angriffen und Anschlägen durch Neonazis Einhalt zu gebieten. Ziel von Bündnispolitik war und ist es, neben der Verhinderung von Naziaufmärschen, kritisch in die Bündniszusammenhänge hineinzuwirken und zur kritischen Bewusstseinsbildung beizutragen. Leider tritt und trat dieses Ziel zu oft hinter das der bloßen Verhinderung von Naziaufmärschen zurück. Die Kritik an der Gesellschaft, die die Nazis hervorbringt, und damit auch an den eigenen potenziellen Bündnismitgliedern zurückzustellen, halten wir für einen Fehler. Der Rückzug radikaler Gesellschaftskritik aus Protesten gegen Nazis hat nicht zur Stärkung der Antifa beigetragen, sondern zu ihrer Marginalisierung. Längst haben zivilgesellschaftliche Akteure die Deutungshoheit über gemeinsame Veranstaltungen und ihre politische Stoßrichtung. Aus dem Protest gegen Nazis, als ein Widerstand gegen die regressivsten Elemente der Gesellschaft und damit auch gegen die sie hervorbringende Gesellschaft, macht die Zivilgesellschaft in Thüringen und anderswo eine Verteidigung des Grundgesetzes, jüngst von Thüringer Akteuren auf den Punkt gebracht, als insistiert wurde, man betreibe hier Verfassungsschutz.

In solchen Bündnissen hat die Antifa, die sich als Ort radikaler Gesellschaftskritik versteht, nichts mehr verloren. Längst weiß man nicht mehr über welche Erscheinungsform man angewiderter sein soll, über Nazis oder die teils deutschtümmlende Zivilgesellschaft. Ein Beispiel aus dem Südhüringer Raum soll das kurz illustrieren. In Hildburghausen führten ein bekannter Nazi-Kader und seine Gefolgschaft jüngst eine Kundgebung durch, um gegen das Asylbewerberheim zu demonstrieren. Der Protest aus den Reihen der Demokraten brachte es dazu, in seinem Aufruf positiven Bezug auf den Nationalwahn zur Fußballweltmeisterschaft und die Nation an sich zu nehmen. Dass deutscher Nationalismus und Naziideologie nichts sind, was sich ausschließt, sondern etwas das zusammengehört, blieb hier natürlich unbemerkt.

Was Nazis und die deutschtümmlenden Demokraten noch unterscheidet, ist, dass die einen alle Nicht-Deutschen ausweisen wollen und die anderen nur die, die dieser Gesellschaft keinen

Nutzen bringen. Günther Beckstein, ehemaliger bayerischer Ministerpräsident, brachte das einst auf den Punkt, als er in einem Interview sagte: »Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen.« Facharbeiter ja, Hilfesuchende nein – so heißt das Credo. Und selbst wenn die zivilgesellschaftlich orientierten Sozialdemokraten, Grünen und Christen jetzt widersprechen wollen, es ist die reale Politik eines Staates bei dem sie konstruktiv mitarbeiten.

Die deutsche Politik ist, wie die jeder fortgeschrittenen kapitalistischen Demokratie notwendigerweise zutiefst rassistisch und nationalistisch. Die Krisenideologie, die es hervorbringt, heißt Antisemitismus. Das kapitalistische System selber ist das eigentliche Problem, es bringt nicht nur die Nazis hervor, sondern auch ihre Ideologie. Die Nazis stehen nicht vor der Machtübernahme in Deutschland. Sie sind kleine marginalisierte Minderheiten, was deren Gefährdung für zahlreiche Menschengruppen nicht relativieren darf. Ja, Nazis morden auch heute, aber sie übernehmen in absehbarer Zeit nicht die Macht. Was von ihrer Ideologie nicht behauptet werden kann. Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Sexismus und andere Ideologien der Ungleichheit sind fest verankert in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Sie kommen genau dann zum Ausdruck, wenn kein Zivilgesellschaftler und längst kein kulturindustriell zugerichteter Normaldeutscher aufschreit, wenn täglich Menschen in Hunger, Folter und Tod abgeschoben werden – abgeschoben aus Deutschland, wenn täglich tausende an den Folgen von Hunger sterben, weil der Kapitalismus die Ausnutzung der Ressourcen verweigert, wo es um die Abschaffung des Hungers geht, wenn Transferleistungsempfänger von Behörden drangsaliert werden, weil die Produktivität des System Arbeitsplätze überflüssig macht und die Arbeitspflicht trotzdem festschreibt.

Die hier beschriebenen Zustände sind eine kurze beispielhafte Aufzählung, der den unmenschlichen Gesamtzustand und seine Ursachen sichtbar machen soll. Wer meint, seinen Protest gegen Nazis, als Einsatz für ein besseres Deutschland zu erklären und nicht als die Abschaffung dieser Zwangseinrichtung, der hat all das nicht verstanden. Und wer das Aufklären und Bewusstmachen dieser Katastrophe zurückstellen will, weil er oder sie meint, es gelte erstmal schlimmeres zu verhindern, der oder die wird einsehen müssen, dass hier gegen Windmühlen angerannt wird. Bloße Anti-Nazi-Politik ist das Abarbeiten an Symptomen eines Problems, das Kapitalismus heißt und damit ist nicht lediglich die Wirtschaftsweise als solche gemeint, sondern die Ideologie, die sich ins gesellschaftliche Bewusstsein als »zweite Natur« eingebrannt hat.

Die Antifa muss Bündnisse aufkündigen, in denen ein gesellschaftskritischer Standpunkt nicht vertreten werden kann oder dort, wo er untergeht. Sie muss, anstatt sich an Nazi-Events abzarbeiten, die radikale Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse vorantreiben, in der Hoffnung zur kritischen Bewusstseinsbildung vieler Einzelner beizutragen. Für Bündnispolitik heißt das, sich Bündnisse zu suchen, in denen die Mitglieder auf inhaltliche Kritik nicht narzistisch gekränkt reagieren, sondern sie als Chance zur Reflexion des eigenen Standpunktes wahrnehmen. Sinnvoll ist es, auf einen Zustand hinzuarbeiten, in dem sich jeder Bündnisteilnehmer nur noch einem Zwang freiwillig beugt, nämlich dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments. Die Veränderung des Ganzen erfordert immer auch die Emanzipation der Einzelnen von den Anforderungen einer von Konkurrenz und Profitstreben durchdrungenen Gesellschaft. Wer diese Zurichtungsmaschinerie zerstören will, muss sie erstmal verstehen lernen. Dazu gehört es, zu begreifen, dass Nazievents vielleicht geeignete Anlässe sind radikale Gesellschaftskritik zu betreiben, dass aber etwas gewaltig schief läuft, wenn die Verhinderung dieser Aufläufe zum einzigen Ziel, zum Selbstzweck, verkommt.

KLOSS-FRITZ INS ATOMMÜLL-ENDLAGER!

ER VERBREITET Angst und Schrecken, seine Anhänger sind lebende Tote und seine Musik ist ein Anschlag aufs Gehör. Der Kloß-Fritz aus Zella-Mehlis sorgte mit seinem Thüringer Klöße-Song für Furore unter Rentnern und Alt-Geborenen im Thüringer Wald. Das schunkelnde Deutschum dieses Jungen brennt sich in den Kopf, ob man will oder nicht. Seine Musik ist wie ein chronischer Tinnitus, seine Performance wie ein schrecklicher Autounfall: man möchte nicht hinschauen, kann aber auch nicht weg sehen. Mit der Vermarktung des Rennsteig-Ayatollah gelang den Thüringern der furchtbarste Exportschlag seit Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Gerüchten zufolge soll die US-Armee schon Interesse geäußert haben. Fritz soll für die amerikanischen Streitkräfte in Guantanamo Geständnisse erpressen. Doch Fritz lehnte ab, er quält lieber seine Landsleute. Aber die Lösung ist nahe! Eine verdienstvolle Initiative, deren Internetauftritt zwischenzeitlich gehackt und als Studentenstreik abgetan wurde, fordert das Atommüll-Endlager nach Suhl zu holen. Dass sich so ein Endlager neben der Müllverbrennungsanlage in Zella-Mehlis prima machen würde, steht außer Frage. Auch die nach Arbeit lechzenden Südthüringer, die als Bedürfnis nach außen tragen, was ihnen als Zwang auferlegt wurde, werden an dem Lager Gefallen finden. Sie dürfen künftig den Müll in Schächte stopfen, den der Kapitalismus produziert, um die Leute mit dem neuesten Schund zu versorgen. Apropos Schund! Auch eine Verwendung für Kloß-Fritz und die mit ihm produzierten Tonträger, die nicht zu nachhaltigen Gehör- oder

Bewusstseinsschäden in seinem Umfeld führt, würde dabei abfallen. Fritz kämpft künftig im Stollen gegen die Strahlung. Bei diesem Gesang wird es sich die Halbwertszeit gut überlegen, ob sie einige hundert Jahre dauern oder sich nicht früher aus dem Staub machen will! Also: Her mit dem Endlager und rein mit den Untoten!

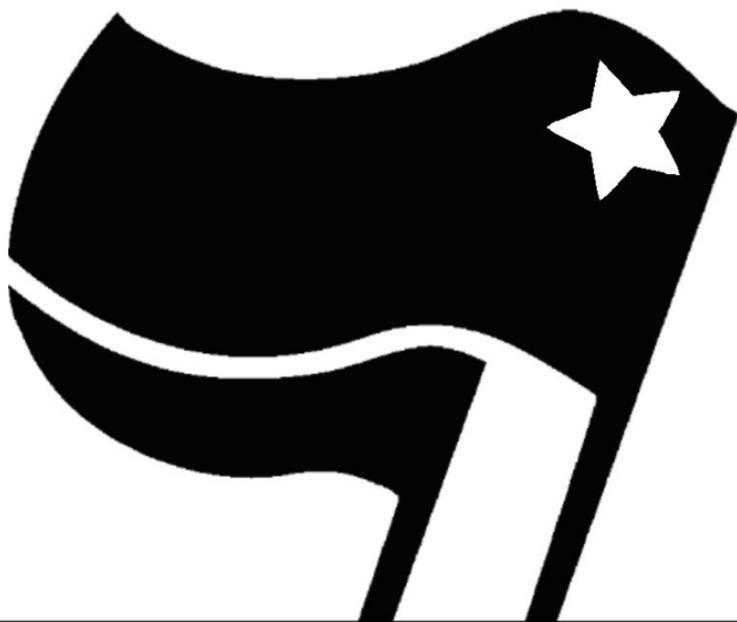
**Bürgerinitiative
Endlager Suhl**



**ZUKUNFT
GESTALTEN, MÜLL
VERWALTEN!**

Infos: www.endlagersuhl.de

Im Atommüll-Endlager Suhl wird nicht nur das radioaktive Nachleben der kapitalistischen Produktion vor der Außenwelt abgeschirmt. Auch der Zella-Mehli'ser Bub' Fritz kann sich hier ausnahmsweise nützlich machen.



Kontakt:

web : www.agst.afaction.info
post: Alerta Suhl/Zella-Mehlis
c/o Infoladen Arnstadt
Plaueschestr. 20
99310 Arnstadt
mail: agst@riseup.net